

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mai 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Beat Kissling: Zwischen pädagogischer Meisterleistung und menschlichem Fiasko**
- **Wolfgang Effenberger: China sieht inzwischen in den USA ein feindliches Land**
- **Rainer Rupp: Chinas Generalabrechnung: Die Hegemonie der USA und ihre Gefahren**
- **Joanna Lei: Wir haben keine Demokratie mehr, die ...**
- **Harald Kujat: Die unipolare Weltordnung ... könnte durch eine multipolare Welt abgelöst werden**
- **Steven Sahiounie: Eine Brücke des Friedens ... nach Syrien**
- **Thomas Röper: UNO-Menschenrechtsrat fordert Abschaffung einseitiger Sanktionen**
- **Florian Pfaff: Die USA führen Krieg gegen Deutschland**
- **Ted Snider: Der Krieg in der Ukraine und Afrika ...**
- **Bundeswehr in Niger: Neokoloniale Machtdemonstration**
- **Uranmunition in die Ukraine? Mögliche Folgen**
- **N. Häring: Wie die WHO die sozialen Medien kontrolliert**
- **Hendrik Streeck: Das nahm fast intolerante Züge an**
- **Wie die Tagesschau über das Klima berichtet**
- **Mehr Demokratie e.V.: Rettet den Bürgerentscheid!**
- **Oliver Zimmer: ... Warum die deutsche Elite von direkter Demokratie nichts wissen will**

Zitat des Monats von [Friedrich Schiller](#):

**Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben,
wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.**

Editorial

Wir beginnen mit einer Aufarbeitung der Schulreform zur **schulischen Integration**. Beat Kissling setzt sich umfassend mit der pädagogisch gestalteten Integration von Behinderten in die Schulklasse und das gesellschaftliche Leben auseinander. Dazu hält er dialogisches Lernen zwischen Lehrer und Schülern, das Lernen in Beziehung für ausschlaggebend.

Danach greifen wir weltpolitische Themen auf. Wolfgang Effenberger berichtet davon, wie und warum China in den USA inzwischen als feindliches Land sieht. **China** selbst hat vor über einem Jahr ausführliche Darstellungen zur politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen **Hegemonie der USA** gegeben, wie Rainer Rupp darlegt. In diesem Zusammenhang wird auch Taiwan immer wieder genannt; dazu wirbt Joanna Lei aus **Taiwan** in ihrem Plädoyer für eine weitere friedliche Koexistenz mit der Volksrepublik.

Den Gedanken der **friedlichen Koexistenz** greift auch General a.D. Harald Kujat in Bezug auf die Ukraine und Russland auf. Daran wird nach Steven Sahiounie und Karin Leukefeld in der arabischen Welt bereits zwischen Saudi-Arabien, Iran und Syrien gearbeitet. Auch die Blockfreien Staaten haben im UN-Menschenrechtsrat in diesem Sinn eine Resolution **gegen einseitige Sanktionen** eingebracht, die nach Thomas Röper mehrheitlich unterstützt wurde. Florian Pfaff erinnert daran, dass Deutschland sich immer noch einem **US-Blockdenken** unterwirft. Dagegen formiert sich in Afrika eine Gegnerschaft zu der US-Hegemonie, die allerdings auch von Deutschland in Westafrika (Mali, Niger) weiter militärisch betrieben wird, worauf Ted Snider und Sevim Dagdelen eingehen.

Unabhängig davon, dass Krieg sowieso zerstörerisch wirkt, weisen Frieder Wagner, Klaus-Dieter Kolenda und IPPNW auf die Langzeitschäden hin, die von **Uranmunition** angerichtet werden; diese soll nun auch an die Ukraine geliefert werden! Von der **WHO** ist darüber wohl wenig Aufklärung oder Protest zu erwarten: Norbert Häring zeigt auf, welche **Finanzmächte** deren Interessen steuern und welche Öffentlichkeitsarbeit daraus folgt.

Der letzte Themenblock betrifft im weiteren Sinn die **Demokratie und öffentliche Diskussion**: Der Virologe Streeck erläutert, dass man ernsthaft aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie lernen und unsere **Gesundheitspolitik** verbessern sollte. Die NZZ zeigt auf, dass die Tagesschau mit ihrer überproportionalen **Darstellung der Klimawandels** deutlich an den Informationsinteressen der Bevölkerung vorbeigeht. Um den Interessen der Bürger ein Gewicht zu geben, könnten **Bürgerentscheide** helfen, wie sie gerade wieder in Schleswig-Holstein gegen die Gesetzgebung von CDU und Grünen stattfinden. Mit interessanten Rezensionen von Oliver Zimmer und Tilman Allert sowie einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, warum die deutschen Eliten im Gegensatz zu der Mehrheit der Bürger nichts von **direkter Demokratie** wissen wollen – und damit das Grundgesetz übergehen –, beenden wir diese Ausgabe.

[Inhalt](#) ↑

- **Beat Kissling: Zwischen pädagogischer Meisterleistung und menschlichem Fiasko**

Laut der 'Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte' sollen alle Menschen "einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen". Aber der Weg, wie die gesellschaftliche Integration aller Menschen vollzogen werden und wie die Schule dazu beitragen kann und soll, wird nach Beat Kissling sehr unterschiedlich beurteilt.

Aufgrund des verbrecherischen Umgangs der Nazis mit behinderten Menschen setzte sich im deutsch-sprachigen Raum der Weg mit kleinen homogenen Sonderklassen durch, der dann auch eine erfolgreiche Bilanz zeigte. Leider wurden Sonderschüler immer wieder als "dumm" abqualifiziert, was aber nicht mit der Qualität des Unterrichts zu tun hatte. Das wurde später im Zuge von Bildungsreformen als Diskriminierung kritisiert und die "Schule für alle" gefordert. In der Folge wurden die Sonderschulklassen schrittweise abgeschafft und deren Schüler in Regelklassen integriert, was bei den praktisch tätigen Lehrkräften auf Skepsis stieß. Im Zusammenhang mit dem Lehrermangel kommt es zu unangemessenen Integrationslösungen in den einzelnen Klassen und in Folge davon dazu, dass sich auch begabte und hochmotivierte Lehrkräfte wegen Überforderung durch die äußerst komplexen pädagogischen Herausforderungen vom Lehrerberuf abwenden. In der Debatte um weitere Kritikpunkte an der Integration wie negative Auswirkungen auf unsichere Kinder oder chaotischen Zuständen in den Klassenzimmern halten Politik, die Lehrerbildung, die Schulleitungen und -verwaltungen etc. an dem installierten Modell der Integration fest.

[Nach Traugott Böttinger fehlt den Befürwortern der Integration eine differenzierte anthropologische Grundlage](#), was dazu führe, "dass Schwierigkeiten beim gemeinsamen schulischen Leben und Lernen beeinträchtigter und nicht beeinträchtigter Menschen häufig ausgeklammert werden und unerwähnt bleiben". Dazu gehört, dass auch behinderte junge Menschen beim Lernen erfolgreich sein, Anerkennung und Unterstützung haben wollen. Dazu ist eine Differenzierung je nach Art der Behinderung, aber vor allem ein Beziehungsangebot und entsprechende emotionale Stimmung erforderlich.

Kissling verweist hier auf John Hattie und dessen von Roland Reichenbach zusammengefasste Einsichten: "Es gibt keine guten Schulen ohne gute Lehrpersonen. Und diese Lehrpersonen müssen den Schülerinnen und Schülern klar machen: Erstens: Was du hier lernst, ist wirklich wichtig. Zweitens: Mir ist es ein Anliegen, dass du das lernst. Drittens: Ich glaube fest daran, dass du das schaffst. Viertens: Ich werde dir dabei helfen und dich unterstützen." Nach Kissling sind für das Wohlbefinden der Schüler auch die Atmosphäre und die Kooperationsfähigkeit in der Lernsituation wichtig. Das aber werde durch die Individualisierung des Unterrichts und das "selbstorganisierte" oder "selbstentdeckende" Lernen, aber auch durch die forcierte Digitalisierung des Unterrichts verhindert, da der Schüler auf sich selbst zurückgeworfen werde.

Kissling weist darauf hin, dass in der angelsächsischen Welt seit einigen Jahren der "dialogische Unterricht" als besonders nachhaltiges, erfolgreiches schulisches Lernen unter Wissenschaftlern diskutiert und als geeigneter Weg zur "Sozialisierung der Intelligenz" beschrieben wird. In dem französischen Doku-Film "[Etre et Avoir](#)" (12m32) werden nach Kissling "die wesentlichen Elemente, worauf der Erfolg des Lehrers beruht, intuitiv ersichtlich": Sicherheit und Orientierung vermittelnde Haltung, Engagement, Fürsorge, Verbindlichkeit, Geduld, freundschaftlich-kooperative Stimmung, Respekt, Wertschätzung, Verständnis, Gleichwertigkeit, Glaubwürdigkeit und Authentizität. Das aktive Mittun jedes Kindes "setzt im spontanen gemeinsamen Lernen Verständnis, Wohlwollen, gegenseitige Hilfe, Toleranz und Kooperationsfreudigkeit als soziale Grundwerte in der Klasse voraus". Diese Grundvoraussetzung sei bei kognitiv beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen nicht gegeben. [Deshalb könne die echte Integration solcher Kinder und Jugendlicher in einer Regelklasse nicht gelingen.](#)

[Beat Kissling, Jg. 1955](#), will seine vielen Jahre Berufserfahrung als Pädagoge in Volksschule, Gymnasium und Hochschule sowie als praktizierender Psychologe in den Dienst insbesondere der jungen Menschen stellen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Effenberger: **China sieht inzwischen in den USA ein feindliches Land**

Am 20.02.2023 – kurz vor dem Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine – sprach das chinesische Außenministerium mit einer Studie alle akribisch aufgelisteten Verfehlungen in den 250 Jahren der US-Geschichte eine Warnung vor den Gefahren einer US-Herrschaft aus. Wolfgang Effenberger zitiert: "Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist von Gewalt und Expansion geprägt. Seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1776 haben die Vereinigten Staaten ständig versucht, mit Gewalt zu expandieren: Sie schlachteten Indianer ab, fielen in Kanada ein, führten einen Krieg gegen Mexiko, zettelten den Amerikanisch-Spanischen Krieg an und annektierten Hawaii. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA unter anderem den Korea-Krieg, den Vietnam-Krieg, den Golf-Krieg, den Kosovo-Krieg, den Afghanistan-Krieg, den Irak-Krieg, den Libyen-Krieg und den Syrien-Krieg provoziert oder begonnen und dabei ihre militärische Hegemonie missbraucht, um den Weg für expansionistische Ziele zu ebnen. In den letzten Jahren hat das durchschnittliche jährliche Militärbudget der USA 700 Milliarden US-Dollar überschritten und macht damit 40% des weltweiten Gesamtbudgets aus, mehr als die 15 Länder hinter den USA zusammen. Die Vereinigten Staaten verfügen über etwa 800 Militärstützpunkte in Übersee, und 173'000 Soldaten sind in 159 Ländern stationiert."

Effenberger legt nicht nur dar, wie sich [die Konfrontation zwischen den USA und China unter Einbindung von Australien, Neuseeland und Japan zuspitzt](#), sondern auch wie China im zweiten "Opiumkrieg" (1856 bis 1860) durch die USA, England, Frankreich und Russland in den Status einer "Halb-Kolonie" gedrückt wurde. Die Demütigungen Chinas hatten Ende des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit der Niederlage 1895 gegen Japan im Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg und durch den 1900 außer Kontrolle geratenen Boxer-Aufstand weiter zugenommen. Nachdem 1931 Japan die Mandschurei und nach 1937 weiteres chinesisches Gebiet erobern konnte, hatte China im Zweiten Weltkrieg die zweithöchste Opferzahl der Beteiligten zu beklagen. Die "Niederlage Chinas" gegen Mao Zedong und die Befürchtung, Peking könnte mit der Sowjetunion zusammenarbeiten, hat das Establishment in Washington nach Effenberger nie verwinden können.

Seit 2014 gilt für die USA: "Zu den Vorboten künftiger Konflikte gehören konkurrierende Mächte (z.B. China und Russland), Regionalmächte (z.B. Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea), transnationale Terrornetzwerke (z.B. Al-Qaida, ihre Verbündeten und grenzüberschreitende Kriminelle) und Cyber-Bedrohungen." Mit dem Pelosi-Besuch auf Taiwan wurden nach Effenberger die größten chinesischen Militärmanöver in den Gewässern vor Taiwan provoziert. Parallel dazu begann der Westen seine militärische Stärke durch entsprechende Bündnisse und Konzentration von Kriegsgeräten im Indo-Pazifischen Raum zu demonstrieren. Auch Deutschland ist mit der Fregatte Bayern seit 2021 mit dabei, was von der Bundesregierung damit begründet wird, "dass Deutschlands Wohlstand vom Frieden in dieser Region abhängt".

Für Peking ist klar, "bei ihrem Vorgehen würden die USA die internationalen Regeln je nach Bedarf auslegen und ihre Eigeninteressen an die erste Stelle setzen, sich aus internationalen Verträgen und Organisationen entfernen und ihr nationales Recht über das internationale Recht stellen". China fordert die USA auf, "kritisch zu prüfen, was sie getan haben, ihre Arroganz und Vorurteile ablegen und ihre hegemonialen, herrschsüchtigen und schikanösen Praktiken aufgeben". Nach Effenberger "macht die chinesische Politik kein Hehl mehr daraus, "dass die Vereinigten Staaten für sie ein feindliches Land sind".

[Wolfgang Effenberger](#); Jg. 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen. Er erhielt als junger Offizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Heute freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Rainer Rupp: **Chinas Generalabrechnung: Die Hegemonie der USA und ihre Gefahren**

Für Rainer Rupp hat Chinas Außenministerium drei Tage vor dem Jahrestag des Beginns der russischen "Spezialoperation" in der Ukraine eine quasi-offizielle umfangreiche Generalabrechnung mit dem Hegemon in Washington veröffentlicht ([Original](#) in Engl.). Im ersten Teil der Übersetzung geht es um die Einleitung sowie um die [politische und militärische Hegemonie der USA](#). Dabei wird klar gesagt, dass sich die USA "immer rücksichtsloser in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt [haben], um ihre Hegemonie zu errichten, aufrechtzuerhalten und zu missbrauchen, indem sie Subversion und Infiltration vorangetrieben, vorsätzlich Kriege geführt und der internationalen Gemeinschaft Schaden zugefügt haben". Die Absicht des Berichts sei es, "durch die Darstellung der relevanten Fakten den Missbrauch der Hegemonie durch die USA im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen, technologischen und kulturellen Bereich aufzudecken und die internationale Aufmerksamkeit auf die Gefahren der US-Praktiken für den Weltfrieden und die Stabilität und das Wohlergehen aller Völker zu lenken".

Der Versuch der USA, "andere Länder und die Weltordnung mit ihren eigenen Werten und ihrem eigenen politischen System angeblich im Namen der Förderung von Demokratie und Menschenrechten nach ihrem Ebenbild umzuformen", erfolge durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten, durch Messen mit zweierlei Maß zur Beförderung des Eigeninteresses und durch gezielte Versuche, "Entfremdung, Spaltung, Rivalität und Konfrontation zu schüren". In dem Bericht wird die mutwillige Gewaltanwendung in der Geschichte der USA dargelegt, in der nicht nur demokratisch gewählte Regierungen gestürzt und humanitäre Tragödien unter Anwendung z.T. entsetzlicher Methoden verursacht wurden.

Im zweiten Teil geht es um [die wirtschaftliche Hegemonie der USA](#). Dabei nutze Washington den Dollar und seine Kontrolle über internationale Organisationen, andere Länder zu zwingen, "der politischen und wirtschaftlichen Strategie der USA zu dienen". Es habe sich aber herausgestellt, dass "die Hegemonie des US-Dollars [...] die Hauptquelle für Instabilität und Unsicherheit in der Weltwirtschaft" ist. "Die wirtschaftliche und finanzielle Hegemonie der USA ist zu einer geopolitischen Waffe geworden." Das Überziehen von fast 40 Ländern mit Wirtschaftssanktionen stelle "eine gravierende Abkehr von den Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft, mit denen sich die Vereinigten Staaten seit Langem rühmt". Auch im technologischen Bereich will man durch Monopole und Unterdrückung eine Hegemonie errichten. Dazu würden technologische Fragen mit Anwendung von Vorwänden und messen zweierlei Maß politisiert.

Im dritten Teil geht es um [die kulturelle Hegemonie der USA](#). Diese diene dazu, die umfassende Hegemonie zu stärken und aufrechtzuerhalten. Als Werkzeuge dienten Filme, Medien (auch soziale Medien), Einschränkung der Meinungsfreiheit und Fehlinformationen. Das chinesische Außenministerium mahnt: "Die historischen Trends von Frieden, Entwicklung und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen sind unaufhaltsam. Zwar haben die Vereinigten Staaten mit ihrer Macht die Wahrheit außer Kraft gesetzt und die Gerechtigkeit mit Füßen getreten, um dem Eigeninteresse zu dienen. Aber diese einseitigen, egoistischen und regressiven hegemonialen Praktiken haben wachsende, heftige Kritik und Widerstand der internationalen Gemeinschaft hervorgerufen." Die USA "müssen kritisch hinterfragen, was sie getan haben und von ihrer Arroganz und ihren Vorurteilen ablassen und vor allem ihre hegemonialen, herrschsüchtigen und schikanierenden Praktiken aufgeben".

Rainer Rupp, Jg. 1945, [Ex-Spion der DDR in der NATO](#), [schrieb bis Feb. 2016 für die 'jungeWelt'](#) vor allem zu Außen- und Sicherheitspolitik. Rupp misst der Friedensfrage die höchste Priorität zu. (Lebensbericht bei KenFM [Teil 1](#), [Teil 2](#), je 1h20; [Doku zu Spion 'Topas'](#), 0h41). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Joanna Lei: Wir haben keine Demokratie mehr, die es wert ist, verteidigt zu werden**

In einem Interview wirft die taiwanesischen Oppositionspolitikerin Joanna Lei der Regierung in Taipeh vor, die Demokratie abzubauen und sich von der Volksrepublik China stärker abgrenzen zu wollen. Lei setzt stattdessen auf die Fortsetzung der seit 65 Jahren anhaltenden friedlichen Koexistenz mit Festlandchina, z.B. durch die Gründung eines "Commonwealth". Das erregte Unmut in Washington. Die USA wollen nach Lei auf Kosten Taiwans ihre eigenen Interessen durchsetzen. Sie befürchtet, dass die USA die kleine Republik China, also [Taiwan, für einen Stellvertreterkrieg gegen die Volksrepublik benutzen](#) könnte. Der Besuch von der US-Politikerin Pelosi habe Peking provoziert anzukündigen, Taiwan im Falle einer ausländischen Intervention gewaltsam mit Festlandchina zu vereinen. Zudem würden seit dem Besuch Pekings Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe die bisher respektierte inoffizielle Grenze immer wieder überqueren. Auch wolle Peking nichts mehr von bisher akzeptierten unterschiedlichen Nationalflaggen, Landeshymnen oder nationalen Identitäten wissen. Die Aufrüstung Taiwans jage den Bürgern große Angst ein. Die Insel habe bei einem Krieg gegen die Volksrepublik keine Chance. Lei erinnert daran, dass die nur an die eigenen Interessen denkenden USA 1978 die Volksrepublik anerkannten und ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrachen.

In den letzten Jahren hat sich Taiwan nach Lei sehr verändert: Unter der Regierung der Präsidentin Tsai "wurde Taiwan zunehmend eine illiberale Demokratie. Es wurden politische Parteien und politische Organisationen aufgelöst. Sie ließ ein Gesetz neu aufleben, laut dem die Regierung das Eigentum der Opposition konfiszieren darf. Dazu gehört auch meine Partei, die Kuomintang. Zudem wurde eine Kommission gegründet, die das Recht hat, unsere Geschichte neu zu interpretieren. Taiwan ist nicht mehr die liberale Demokratie, als die sie sich gerne gibt. Wir haben keine Demokratie mehr, die es wert ist, verteidigt zu werden."

Mit der Entsendung der Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger hält sich Berlin formal noch an die Ein-China-Politik. Aber die Empfehlung ihrer Parteikollegin Strack-Zimmermann, mit der Ein-China-Politik zu brechen, und auch die Sprachregelung der deutschen Leitmedien, die offen mit der Ein-China-Politik bricht, fallen nach 'German-Foreign-Policy' [der führenden Oppositionskraft auf Taiwan in den Rücken](#), die am Ein-China-Prinzip festhält und sich in Verhandlungen um Entspannung und einen Ausgleich mit Beijing bemüht.

Joanna Lei, Jg. 1958, erwarb Master-Abschluss an der 'Annenberg School for Communication der University of Pennsylvania', war von 2004 bis 2007 Parlamentsabgeordnete in Taiwan, setzt sich für den Familienschutz ein und ist seit Vorsitzende der 'National Women's League'. (Übersetzungshilfe) (Red.)

GFP, German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Harald Kujat: Die unipolare Weltordnung, von den USA dominiert, könnte durch eine multipolare Welt abgelöst werden**

General a.D. Harald Kujat kann sich mit der Sicht des französischen Präsidenten Emanuel Macron gut identifizieren, dass sich Europa in einer neuen Weltordnung selbst behaupten können muss – sowohl militärisch als auch wirtschaftlich und technologisch. Denn die Interessen Europas unterscheiden sich nach Kujat in vielen Punkten von denen der USA. Auch wenn Europa noch keine Vorstellung von einer europäischen Sicherheits- und Friedensordnung nach dem Ukraine-Krieg habe, müsse "am Ende des Krieges eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung entstehen, in der alle Staaten des europäischen Kontinents einschließlich der Ukraine und Russlands ihren Platz haben".

Kujat kann bei Russland keine Absicht erkennen, einen Angriffskrieg gegen Europa zu führen. Vielmehr gehe es Moskau darum, "strategische Vorteile des geopolitischen Rivalen USA zu verhindern". Kujat lehnt es ab, dass sich Europa in einen Konflikt mit China hineinziehen lässt, zumal dies durch den NATO-Vertrag nicht abgedeckt wäre. Kujat sieht die Bundesregierung sowohl aufgrund des Grundgesetzes, aber auch durch die Resolutionen der UN-Generalversammlung [verpflichtet, "zu einer friedlichen Beilegung des Krieges beizutragen"](#). Die Vorschläge von Chinas Präsident Xi Jinping und Brasiliens Präsident Lula da Silva, die 40% der Weltbevölkerung repräsentieren, den Ukraine-Konflikt durch Friedensgespräche zu lösen, findet Kujat beispielhaft. Eine Verhandlungsbereitschaft von Russlands Präsident Wladimir Putin sei durchaus gegeben.

[Harald Kujat](#), Jg. 1942, ist deutscher General a. D. der Luftwaffe. Er war von 2000 bis 2002 der 13. Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Steven Sahiounie: **Eine Brücke des Friedens und des Wohlstands von der arabischen Welt nach Syrien**

Saudi-Arabien wird den syrischen Präsidenten [Baschar al-Assad zum Gipfeltreffen der Arabischen Liga am 19.05.2023 in Riad](#) einladen. Riad und Damaskus führen derzeit Gespräche über die Wiedereröffnung von Botschaften in beiden Ländern. Dies ist der Höhepunkt einer Reihe von diplomatischen Treffen, Erklärungen und politischen Veränderungen in der Region. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran im März läutete eine neue Ära im Nahen Osten ein. Am 01.04.2023 trafen sich der syrische Außenminister Faisal Mekdad und der ägyptische Außenminister Sameh Shoukry in Kairo zu fortgeschrittenen Gesprächen über die Wiederherstellung vollständiger diplomatischer Beziehungen. Die arabische Welt leistete nach dem schweren Erdbeben sowohl Syrien als auch der Türkei unterschiedslos humanitäre Hilfe. Möglich scheint dies vor allem seit in Riad unter Kronprinz Mohammed bin Salman ein politischer Kurs gefahren wird, der nach Steven Sahiounie nicht mehr unter US-Diktat steht. So wird es [für Saudi-Arabien möglich, die Mitgliedschaft Syriens in der Arabischen Liga wiederherzustellen](#). Laut CIA-Direktor William Burns sind die USA von den saudischen Schritten zur Normalisierung der Beziehungen zu Damaskus sowie von der überraschenden Normalisierungsvereinbarung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran "überrumpelt" worden.

In einer Vorabentscheidung haben die Außenminister der 22 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 07.05.2023 [beschlossen, dass das Gründungsmitglied Syrien in das Bündnis zurückkehren wird](#). Laut der Erklärung der Außenminister soll die Liga eine führende Rolle bei der Lösung der humanitären, politischen und sicherheitspolitischen Folgen der Krise in Syrien übernehmen. Die USA und die EU wurden scharf dafür "kritisiert, mit den einseitig verhängten wirtschaftlichen Sanktionen einen Wirtschaftskrieg gegen Syrien zu führen". Die Regierungen der USA und Deutschlands verweigern weiterhin eine Hilfe beim Wiederaufbau und ein Aufheben der Sanktionen. Israel hat nach Karin Leukefeld mit der Wiederaufnahme gezielter Tötungen palästinensischer Führungspersonen in Gaza reagiert.

Am 19.05.2023 hat Kronprinz Mohammed bin Salman den jahrelang isolierten syrischen Präsidenten Baschar al-Assad [betont herzlich beim Gipfel der Arabischen Liga empfangen](#).

[Steven Sahiounie](#) ist in Syrien aufgewachsen und begann während des Syrienkrieges, politische Analysen, Artikel und Kommentare zu schreiben. (Red.)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **UNO-Menschenrechtsrat fordert Abschaffung einseitiger Sanktionen**

Am 03.04.2023 haben die Blockfreien Staaten eine Resolution in den UNO-Menschenrechtsrat eingebracht, die den Titel "[Die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrung der Menschenrechte](#)" trug und alle Staaten aufforderte, "keine einseitigen Zwangsmaßnahmen mehr zu ergreifen, beizubehalten, durchzuführen oder einzuhalten", da diese "gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Normen und Grundsätze für friedliche Beziehungen zwischen den Staaten verstoßen". Von den 47 Mitgliedern haben 33 für und 13 gegen die Resolution gestimmt; Mexiko hat sich enthalten. Thomas Röper zählt alle mit ihrem Stimmverhalten auf.

In der Resolution heißt es, man sei "alarmiert über die unverhältnismäßigen und unterschiedslosen menschlichen Kosten einseitiger Sanktionen und ihre negativen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf Frauen und Kinder, in den Zielstaaten" sowie "zutiefst beunruhigt über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf das Recht auf Leben, das Recht eines Jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit und medizinischer Versorgung, das Recht auf Freiheit von Hunger und das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Nahrung, Bildung, Arbeit und Wohnung sowie das Recht auf Entwicklung und das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt." Außerdem wurde festgestellt, dass Sanktionen zu "schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungsgruppen" mit "besonderen Folgen für (...) ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen" führen. Die Resolution verurteilt "aufs Schärfste die fortgesetzte einseitige Anwendung und Durchsetzung solcher Maßnahmen durch bestimmte Mächte als Druckmittel, einschließlich politischen und wirtschaftlichen Drucks, gegen jedes Land, insbesondere gegen die am wenigsten entwickelten Länder und die Entwicklungsländer, mit dem Ziel, diese Länder daran zu hindern, ihr Recht auszuüben, aus freien Stücken über ihr eigenes politisches, wirtschaftliches und soziales System zu entscheiden."

Sanktionen sind laut UN-Charta, die die Basis des geltenden Völkerrechts darstellt, nur dann erlaubt, wenn sie vom UN-Sicherheitsrat beschlossen werden. Alle anderen, einseitig verhängten Sanktionen sind ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Röper erinnert daran, dass bisher einzig die Sanktion gegen Nordkorea dem Völkerrecht entsprochen hat. Andere Sanktionen haben schlimme Folgen für die Zivilbevölkerung, wie die z.B. die Sanktion gegen den Irak, die eine halbe Million Kinder das Leben kostete.

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Florian Pfaff: **Die USA führen Krieg gegen Deutschland**

Major a.D. Florian Pfaff sieht die Verhandlungsbereitschaft Russlands. Aber im Unterschied zum Frühjahr 2022 sei Russland heute nicht mehr bereit, sich vollständig aus der Ukraine zurückzuziehen. Sollte der Abnutzungskrieg fortgesetzt werden, so sei das nur zum Nachteil der Ukraine. Pfaff erinnert an den Vertrag von Astana, in dem 2010 vereinbart wurde, "dass jedes Land jedem Bündnis beitreten kann, aber nur, wenn das nicht gegen die Interessen eines anderen Teilnehmerstaats geschieht" (z.B. Russland); [das heiße "im Klartext, dass die Ukraine nicht NATO-Mitglied werden kann"](#). Da auch Deutschland diesen Vertrag unterzeichnet habe, hätte die deutsche Regierung ihre Zustimmung zum beabsichtigten Beitritt der Ukraine verweigern müssen.

[Florian Pfaff](#), Jg. 1957, war anfangs Zeit-, später Berufssoldat; verweigerte 2003 Mitwirkung am Irak-Krieg und ist seitdem im Sinne der Friedensbewegung tätig, wodurch eine weitere Beförderung verhindert wurde; wurde 2013 in den Ruhestand versetzt. Er ist Vorstandmitglied des Arbeitskreises 'Darmstädter Signal'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Ted Snider: **Der Krieg in der Ukraine und wie Afrika den Westen überraschte**

Russland verstärkt seine Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten. So fand zeitgleich mit dem Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Moskau (20.03.-22.03.2023), eine Konferenz mit Vertretern von über vierzig afrikanischen Ländern statt. Die Vertreter vieler afrikanischer Länder, die an der Konferenz über Russland und Afrika in einer multipolaren Welt teilnahmen, schlossen sich Putins Aufruf zu dieser neuen Welt an. Bei seinem Werben um die Zusammenarbeit mit Afrika kommt Moskau nicht nur das Wirken der Sowjetunion in Afrika zugute, sondern auch die Erfahrungen des Kontinents mit westlichen Ländern auch nach der Kolonialzeit. Zu diesen Erfahrungen gehören die Vernachlässigung bei der Belieferung mit Getreide und Düngemitteln aus ukrainischen Häfen und Diskriminierung von Afrikanern in der Ukraine sowie die militärischen Beziehungen und die anhaltende Geschichte von Kolonialismus und Putschen in einem Großteil Afrikas. Andererseits erfahren diese Länder die Hilfe und Unterstützung durch Russland und die wirtschaftliche Partnerschaft ohne ideologisches Diktat. Das veranlasst sie, sowohl die von den USA verhängten Sanktionen als auch die Verurteilung Russlands nicht zu unterstützen. Zur Überraschung und Besorgnis der USA und Europas war [die vorherrschende Reaktion Afrikas auf den Krieg in der Ukraine](#) Neutralität und wachsende Unterstützung für eine multipolare Welt.

[Ted Snider](#) ist regelmäßiger Kolumnist über die US-Außenpolitik und Geschichte bei *Antikrieg.com*. Darüber hinaus schreibt er häufig für 'Truthout', 'Mondoweiss', 'CommonDreams' und andere Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Bundeswehr in Niger: Neokoloniale Machtdemonstration**

Nach dem Scheitern mehrerer europäischer Militäreinsätze in Mali und in Burkina Faso wird die Bundeswehr nun in den Niger entsandt. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Deutsche Bundestag am 28.04.2023 auf Antrag der Bundesregierung ([551 Ja, 105 Nein, 1 Enthaltungen](#)). Demnach werden sich bis zu 60 deutsche Soldaten an der "EU Military Partnership Mission Niger" (EUMPM Niger) beteiligen, die die nigrischen Streitkräfte ausbilden und beim Ausbau ihrer Strukturen unterstützen sollen (eine [nähere Beschreibung](#) nach Auffassung der Bundeswehr). Niger, dessen Präsident Mohamed Bazoum klar prowestlich orientiert ist, soll sich als [Anker für den Westen in der Sahelzone](#) erweisen, nachdem Mali eine enge Kooperation mit Russland eingegangen ist und sich auch Burkina Faso von den Mächten Europas abzuwenden und Moskau zuzuwenden beginnt. Niger erhält – im Gegenzug gegen seinen aktiven Beitrag zur EU-Flüchtlingsabwehr – schon seit Jahren Militärhilfe aus Deutschland, deren Wert mittlerweile auf 100 Mio. Euro angewachsen ist. Das Land ist der bedeutendste Uranlieferant der EU und beherbergt mehrere westliche Militärstützpunkte. Die USA nutzen eine Basis in Niger für den Drohnenkrieg, die Bundeswehr unterhält dort ein Lufttransportdrehkreuz.

Sevim Dagdelen macht deutlich, dass die Regierung Malis die Deutschen zum Abzug drängt. Wie Frankreich werde der Bundesregierung vorgeworfen, den islamistischen Terror gefördert zu haben, um die Fortsetzung der eigenen militärischen Präsenz zu rechtfertigen. Auch in Niger gebe es "Massenproteste gegen die Stationierung französischer Soldaten und die fortgesetzte

neokoloniale Ausbeutung des Landes. Denn während Frankreich weiterhin 30% seines Urans für den Betrieb seiner Atomkraftwerke aus den Minen Nigers bezieht, haben dort 60% der Menschen keinen Zugang zu Strom. [Und die Bundeswehr hilft jetzt, diese zutiefst ungerechte Ordnung per neokolonialer Amtshilfe abzusichern](#). Die vom Westen vielbeschworene Augenhöhe, auf der man mit den Ländern Afrikas agieren wolle, wird dort inzwischen mit der speziellen Kombination aus moralischem Oberlehrertum, gnadenloser Ausbeutung und unverhohlenen Drohungen übersetzt.“

GFP, [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Sevim Daqdelen](#), Jg. 1975, Rechtswissenschaftlerin; Als Mitglied der Fraktion 'Die Linke' seit 2005 im Deutschen Bundestag. Gründungsmitglied vom "Bundesverband der Migrantinnen", Mitglied u.a. der "Informationsstelle Militarisierung" (IMI e.V.) und im Kuratorium "Freiheit für die Westsahara" e.V.. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Uranmunition in die Ukraine? Mögliche Folgen**

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW verurteilt den Beschluss der britischen Regierung, panzerbrechende Uranmunition (Depleted Uranium, DU) in die Ukraine zu liefern. Die Organisation appelliert an die Bundesregierung, auf Großbritannien und die Ukraine einzuwirken mit dem Ziel, auf die Ausfuhr von Uranmunition zu verzichten. Laut IPPNW gehen Experten "davon aus, dass auch Russland die russische Armee über panzerbrechende Munition verfügt. [Die IPPNW fordert alle Staaten auf, auf den Einsatz solcher Munition zu verzichten](#)." Das betrifft auch Russland, das laut einer [Aufstellung des GICHD](#) (Genfer Internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung) über DU-Projektile des Typs BM-32 aus den 1980er Jahren verfügt (Seite 79). Die gesundheitlichen Schädigungen durch Uranmunition für Zivilbevölkerung, Soldaten und Umwelt sind nach Ansicht der IPPNW so gravierend, dass sie international geächtet werden muss.

Die britische Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, Annabel Goldie, hat unlängst erklärt, dass mit den von London angekündigten Challenger-2-Panzern auch Urangeschosse in die Ukraine geliefert werden sollen. Das hat besonders in Russland für Aufregung gesorgt, nach Frieder Wagner mit Recht. Denn Urangeschosse beinhalten abgereichertes Uran 238, "depleted uranium" oder DU, das radioaktiv (Halbwertszeit ca. 4,5 Mrd. Jahre) und hochgiftig ist. "Beim Durchdringen einer Panzerplatte entsteht an dem Urangeschoss ein Abrieb, der sich bei der großen Reibungshitze von etwa 1'000 Grad explosionsartig entzündet. Die Besatzung des Panzers verglüht und der Panzer wird zerstört." Diese Geschosse sind "in den Irak-Kriegen 1991 und 2003 tonnenweise eingesetzt worden. Aber auch im Kosovo-Krieg 1999, in Afghanistan, im Libanon, in Somalia, im Libyen-Krieg sowie Syrien 2015 im Kampf gegen die Terrormiliz 'Islamischer Staat'."

["Überall, wo sich Uran 238 ablagert, kann es zu folgenden Krankheiten kommen:](#) einem Zusammenbruch des Immunsystems wie bei Aids, mit ansteigenden Infektionskrankheiten, schweren Funktionsstörungen von Nieren und Leber, hochaggressiven Leukämien und anderen Krebserkrankungen, Störungen im Knochenmark sowie genetischen Defekten und Missbildungen mit Aborten und Frühgeburten bei Schwangeren, wie wir es nach den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki sowie den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima erlebt haben. All das ist seit Jahrzehnten wissenschaftlich belegt." Allein in der WHO gibt es 16 Studien darüber, die belegen, wie gefährlich die Anwendung von Urangeschossen ist. Die britische Regierung, die schon vor 2003 die Möglichkeit von bis zu 500'000 Toten allein in Kosovo und in Serbien eingestanden hatte, möchte trotzdem Uranmunition in die Ukraine liefern.

In einem anderen Artikel legt uns auch Klaus-Dieter Kolenda, Facharzt für Innere Medizin, die [Hintergründe von Uran-Munition](#) ausführlich dar.

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Frieder Wagner](#), Jg. 1942, Journalist und mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnete, investigativer Filmemacher. Seine Dokumentation ["Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra"](#) erhielt den Europäischen Fernsehpreis. Sein Kino-Dokumentarfilm ["Deadly Dust – Todesstaub"](#) wurde bei 'Cinema for Peace' zum besten Dokumentarfilm nominiert. (Red.)

[Klaus-Dieter Kolenda](#), Jg. 1941, promovierter Facharzt für Innere Medizin und Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin, seit über 40 Jahren als medizinischer Gutachter bei Sozialgerichten; zahlreiche wissenschaftliche Artikel, Fach- und Sachbücher über die Prävention chronischer Krankheiten sowie sozialmedizinische und gesundheitspolitische Blog-Beiträge. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Wie die WHO die sozialen Medien kontrolliert**

Die WHO, die überwiegend von großen Unternehmen und deren Stiftungen finanziert wird, beschreibt auf ihrer Netzseite, wie sie die sozialen Medien kontrolliert und manipuliert, um sicherzustellen, dass nur ihre Version von Wissenschaft und Wahrheit verbreitet wird. Für Norbert Häring ist das eine erschreckende und empörende Lektüre. Die WHO gibt auf ihrer Netzseite an, dass es durch Aktualisierung ihrer Richtlinien möglich war, "dass von Februar 2020 bis Januar 2021 850'000 YouTube-Videos mit schädlichen oder irreführenden Informationen zu COVID-19 entfernt wurden". Die WHO gibt auch an, [mit großen Plattformen \(Google, YouTube, Facebook, Wikipedia u.a.m.\) zusammenzuarbeiten, um Desinformation zu identifizieren und gezielt zu ersetzen](#). Auch Suchergebnisse bei Google enthalten zuvorderst die von der WHO gewünschten Informationen. Die WHO arbeitet auch mit dem 'International Fact Checking Network' (IFCN) am 'Poynter Institute' zusammen. Um Verträge mit sozialen Medienplattformen wie Facebook über Faktenüberprüfungen abzuschließen, müssen Faktenprüfer vom IFCN lizenziert werden. Das IFCN wird u.a. finanziert vom US-Außenministerium, der 'National Endowment for Democracy' (NED), der 'Omidyar Network Foundation', der 'Bill & Melinda Gates Foundation', 'Open Society Foundations', Google, Facebook. Die Gates-Stiftung und die US-Regierung sind auch die beiden größten Geldgeber der WHO.

In einem von der WHO empfohlenen, aber gegenüber den Maßnahmen der Corona-Pandemie unkritischen Artikel in 'Foreign Affairs' raten Gesundheitswissenschaftler und -funktionäre den Regierenden, denen große Teile der Bevölkerungen nicht mehr vertrauten, in vertrauenswürdige Institutionen und Personen zu "investieren", damit diese [für Pandemiemaßnahmen werben](#).

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Hendrik Streeck: Das nahm fast intolerante Züge an**

Im Interview zieht Hendrik Streeck eine Corona-Bilanz. Für ihn ist die Pandemie, die globale Bedrohung "vorbei, weil die Weltbevölkerung eine breite Immunität aufgebaut hat". Deutschland wirft er vor, sich "zu lange zu sehr auf eine einzige wissenschaftliche Perspektive gestützt" zu haben. "Wir haben zu wenig Zeit darauf verwendet zu überlegen, wie wir pragmatisch mit dem Virus leben lernen würden. Bei uns fehlte es an inter-disziplinärem Austausch und an Akzeptanz unterschiedlicher Standpunkte. Die wurden teils gar nicht geduldet oder sofort diskreditiert." Nun

sei es "wichtig, zu einem gewissen Grad die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden, [...] Wir brauchen eine neue, positive Fehlerkultur, um für die Zukunft zu lernen." Auch [die getroffenen Maßnahmen seien zu diskutieren](#). Die Impfstoffe seien hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Immunität überschätzt worden. Das Datenmanagement auch im Hinblick auf die Erfassung von Nebenwirkungen sei zu verbessern. Keine Autopsien (Obduktionen) zuzulassen, sei ein eklatanter Fehler gewesen. Streeck deutet an, dass das Problem der Kapazitätsgrenzen in den Kliniken unabhängig von Corona besteht.

[Hendrik Streeck](#), Jg. 1977, ist ein deutscher Virologe. Der Mediziner ist seit Oktober 2019 Direktor des Institutes für Virologie am Universitätsklinikum Bonn und seit Dezember 2021 Mitglied des Corona-Expertenrats der Bundesregierung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Wie die Tagesschau über das Klima berichtet**

Eine Studie der Universität Hamburg will herausgefunden haben, dass in der ARD zu wenig über das Thema Klima berichtet wird. Wie sich im Nachhinein herausstellte gehörte einer der Autoren der radikalen Bewegung 'Extinction rebellion' an. Eine eigene Studie der 'Neuen Zürcher Zeitung' hat mit weniger fragwürdigen Maßstäben ein anderes Ergebnis herausgefunden. Demnach wird kaum ein Thema seit sieben Jahren so häufig behandelt wie das Klima, mit vorübergehender Ausnahme vom Corona-Thema. Die NZZ hat auch herausgefunden, dass das Thema [Klimakrise in der Tagesschau gegenüber den Interessen der Bevölkerung weitaus überrepräsentiert](#) ist (*Artikel leider zeitweise hinter Bezahlschranke*. Red.). Auf der ARD-Internetseite ist nach [Kolja Barghoorn](#) (Video, 6m33), der uns den NZZ-Artikel vorstellt, ist dieses Übergewicht noch deutlicher.

[Inhalt](#) ↑

● Mehr Demokratie e.V.: **Rettet den Bürgerentscheid!**

Die Volksinitiative "Rettet den Bürgerentscheid!" will in Schleswig-Holstein das Gesetz, das Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erschwert und einschränkt, rückgängig machen. Ein [Bündnis aus über dreißig Organisationen und Initiativen trägt diese Volksinitiative](#). Mit dabei sind die Oppositionsparteien SPD und SSW sowie Die Linke, Die PARTEI und Freie Wähler Schleswig-Holstein, außerdem die Naturschutzverbände BUND und NABU und Mehr Demokratie und viele, viele mehr.

Die Fraktionen der Landesregierung, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, haben mit ihrer Mehrheit im Landtag ein Gesetz eingebracht und im März 2023 beschlossen, womit Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erheblich erschwert, ausgebremst oder unzulässig werden. "Das machen wir nicht mit!", sagen über dreißig Organisationen und wollen sich mit der Volksinitiative zurückerobern, was ihnen genommen wurde: Ein Teil ihrer Bürgerrechte!

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind ein wichtiger Bestandteil der Demokratie und tragen in den Gemeinden und Städten zur Lösung unterschiedlicher Interessen bei. Bürgerbegehren ermöglichen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen, wenn sie es wollen.

Hier ist eine [Unterschriftenliste](#), die verwendet und zurückgeschickt werden kann an: Mehr Demokratie e.V., Fleethörn 7, c/o Fleet7, in 24103 Kiel.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Oliver Zimmer: **Wenn Politiker Angst haben vor dem Volk: warum die deutsche Elite von direkter Demokratie nichts wissen will**

Oliver Zimmer rezensiert das Buch “Demophobie – muss man die direkte Demokratie fürchten?” von der ehemaligen Verfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff und ergänzt das um eigene Erfahrungen und Stellungnahmen. Darin wird aufgezeigt, dass in Deutschland ein starker Widerspruch besteht zwischen vom Volk mehrheitlich gewünschten, besseren direktdemokratischen Möglichkeiten und der ablehnenden Haltung dazu von politischen Mandatsträgern und Parteiführern. Lübbe-Wolff widerspricht deren Argumentation, dass die Bürger zu wichtigen Entscheidungen mangels Information nicht kompetent seien, indem sie aufzeigt, dass Bürger dort besser informiert seien, wo es bessere direktdemokratische Möglichkeiten gibt. Und sie erläutert, dass gerade die Entscheidungen der politischen Mandatsträger in vielen Fällen keineswegs auf Sach- und Fachkunde beruhen. Auch andere Argumente, z.B. dass die Nazis durch die Entscheidung eines dummen Volkes an die Macht gekommen seien oder dass die Debattenkultur oder Verantwortungsbewusstsein leiden würden, widerlegt sie deutlich. Oliver Zimmer weist auf das notwendige Zusammenspiel repräsentativer und direkter politischer Entscheidungen hin (die *Rezension ist zumindest zeitweise hinter einer Bezahlschranke, Red.*) – was ja übrigens auch das Grundgesetz (bis heute vergeblich) fordert. – Eine weitere Rezension zu dem Buch hat [Tilman Allert](#) verfasst.

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der Bürger befragt wurden, ist der Zufriedenheitsgrad der Deutschen mit dem deutschen politischen System im Laufe der letzten drei Jahre nicht besser geworden: “Der Abstand zwischen West und Ost ist gegenüber 2019 nochmals gewachsen. Zeigte sich 2022 eine Mehrheit von 52% der Westdeutschen mit der Demokratie zufrieden (+2,5 Prozentpunkte), sackte die Zufriedenheit im Osten weiter ab (um zwei Prozentpunkte auf 34%).“ Die Zufriedenheit nimmt mit dem sozialen Status deutlich ab. Über 75% sind der Meinung, dass sich die Demokratie Deutschlands in den letzten Jahren eher oder deutlich verschlechtert hat, denn zentrale Wahlversprechen werden oft nicht umgesetzt (81,7%), ärmere Menschen beteiligen sich seltener an Wahlen als reichere (77%), Verbände und Interessengruppen nehmen auf die politischen Entscheidungen starken Einfluss (70,4%) und als Wähler weiß man nicht, welche Koalition man mit seiner Stimme für eine Partei letztlich unterstützt (57%). Egal, ob die Entscheidungen von gewählten Politikern oder Experten getroffen werden, eine direktdemokratische Entscheidung wird von den Deutschen bevorzugt. Den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen 58,2% wenig oder gar nicht, den anderen Medien nur 32,7%. Zusätzlich notwendige Staatsausgaben sollen nach 57,6% durch höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen finanziert werden.

Oliver Zimmer, Jg. 1963, lehrte von 2005 bis 2022 Europäische Geschichte in Oxford. Er schreibt regelmäßig für verschiedene Zeitungen, verfasst Bücher wie z.B. “Wer hat Angst vor Wilhelm Tell?” (2020) und “Mehr Demokratie wagen” (2023). (Red.)

[Inhalt](#) ↑